

HOCHSCHULPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

JANUAR – JUNI 2017

REDAKTIONSSCHLUSS: 21. Juni 2017

Verfasser:

Stab, ZHAW School of Management and Law (SML)

Christoph Ebnöther

Erica Lopez

Abstract:

Im ersten Halbjahr 2017 sind aus hochschulpolitischer Sicht zwar keine relevanten politischen Entscheidungen getroffen worden, doch wichtige Gesetze und Verordnungen wie das neue **Weiterbildungsgesetz** und die **Verordnung zum Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG)** sind per **1. Januar 2017 in Kraft** getreten. Die Verordnung bringt wichtige **Veränderungen im Verteilermodell des Bundes zur Finanzierung der Hochschulen**. Die Auswirkungen können im Einzelnen noch nicht beurteilt werden.

Im Nationalrat wurde ein Postulat eingereicht, das eine **Schärfung des Profils der Fachhochschulen (FH)** in Abgrenzung zu den universitären Hochschulen (UH) verlangt. Wie in den meisten Vorstössen und Presseartikeln mit dieser Thematik gehen die Forderungen der Politik zu Lasten der FH. Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf das Postulat die FH jedoch verteidigt.

Ein grosses **Fragezeichen** ist zurzeit die **offizielle Inbetriebnahme der Hochschule Schaffhausen (HSSH)**. Einige Programme sollen bereits im Herbst 2017 starten. Die HSSH hat nun einen Standort im Zentrum von Schaffhausen (Nähe Bahnhof) gefunden, die finanziellen Mittel für den Start gesichert und bereits eine eigene Webseite aufgeschaltet. Bis zum Abschluss des laufenden Akkreditierungsverfahrens sollen Absolventen einen ausländischen Hochschulabschluss erhalten.

Inhaltsverzeichnis

1	Europäischer Bildungsraum	1
2	Schweizer Hochschulraum	1
2.1	Bund	1
2.2	ErziehungsdirektorenKonferenz (EDK) / Bildungszusammenarbeit Bund-Kantone (BIZ)	3
2.3	Kantone	3
2.4	HFKG-Organen	4
2.5	Swissuniversities	4
2.6	Schweizerischer Akkreditierungsrat	4
3	Aktuelle hochschulpolitische Themenstellungen	5
3.1	Profilbildung	5
3.2	BFI-Botschaft 2017-2020	7
3.3	Permanente hochschulpolitische Themenstellungen	7
4	Akteure im tertiären Bildungssektor – übergreifende politische Entwicklungen	7
4.1	Tertiär A	7
4.2	KTI (Innosuisse) und SNF	9
4.3	Tertiär B	10
4.4	Schnittstellen Tertiär B – Tertiär A	11
4.5	Sekundarstufe II	11
5	Hochschulfinanzierung	12
6	Vierfacher Leistungsauftrag	13
6.1	Bachelor	13
6.2	Master	13
6.3	3. Zyklus	13
6.4	Weiterbildung	13
6.5	F&E / DL	14
7	Studierende, Absolventinnen und Absolventen	14
7.1	Stipendien	14
7.2	Mobilität und Erasmus	14
7.3	Ghostwriting	15
7.4	QS Best Student Cities	16
7.5	Lohnstudie FH Schweiz 2017	16
7.6	Unternehmen buhlen um Absolventen	17
7.7	Neue Online-Plattformen	18
7.8	Bildungsstand Zürich	19
8	Trends und Entwicklungen Deutschland	19

1 EUROPÄISCHER BILDUNGSRAUM

Die nächste Bologna-Nachfolgekonferenz wird 2018 in Paris stattfinden. Das französische Bildungsministerium sieht folgende Schwerpunkte für die Konferenz vor¹:

- Eine Annäherung des europäischen Bildungsraums an den europäischen Forschungsraum
- Die Kooperation mit Drittländern
- Die Verwendung digitaler Angebote zur Dynamisierung der Mobilität,

Auf nationaler Ebene sind an dieser Stelle keine Entwicklungen zu erwähnen.

2 SCHWEIZER HOCHSCHULRAUM

2.1 BUND

Der Bund hat per 1. Januar 2017 die Verordnung zum HFKG (V-HFKG) in Kraft gesetzt. Sie setzt ein **neues, komplexes Finanzierungsmodell des Bundes für die FH und die UH** in Kraft. Vereinfacht ausgedrückt stellt der Bund nun den Hochschulen eine bestimmte Summe (Grundbeitrag) zur Verfügung. Diese wird nach folgenden Kriterien auf die verschiedenen Hochschulen verteilt²:

Lehre (85%):

- Anzahl Studierende (70%)
- Anzahl ausländische Studierende (5%)
- Anzahl BSc-Abschlüsse (10%)³

Forschung (15%):

- Drittmittel (7.5%)
- Wissenstransfer (7.5%)

Im Vergleich zum bisherigen Modell gilt eine **stärkere Wettbewerbs- und Leistungsorientierung in der Lehre** (früher: Preismodell; neu: Verteilmodell) sowie eine **stärkere Gewichtung der Forschung** (früher: 8% der Beiträge anhand Forschungsleistung verteilt; neu: 15% der Beiträge, die anhand Forschungsleistung verteilt werden). Darüber hinaus gelten neue Kriterien zur Verteilung der finanziellen Mittel des Bundes. Während bisher nur die Anzahl der Studierenden, die Drittmittel und der Wissenstransfer massgebend waren, sind heute die Anzahl der Studierenden sowie die Anzahl der Abschlüsse relevant. Zudem gibt es eine Begrenzung der Maximalstudiendauer.

¹ Vgl. <http://www.kooperation-international.de/aktuelles/nachrichten/detail/info/bologna-prozess-naechste-ministerkonferenz-in-frankreich/> [abgerufen am, 27. Juni 2017]

² Die Ausführungen dieses Kapitels basieren auf einem Referat, der Firma BSS – volkswirtschaftliche Beratung, welches anlässlich der Mitgliederversammlung der AMS am 10. März 2017 in Winterthur gehalten wurde. Für die möglichen Konsequenzen für die Business Schools wurden die mündlichen Beiträge in der anschliessenden Diskussion berücksichtigt.

³ Auf die Diskussion der Nicht-Berücksichtigung der MSc-Abschlüsse wird hier nicht nochmals eingegangen. Vgl. hierzu den Hochschulpolitischen Bericht vom Dezember 2016.

Das neue Verteilermodell arbeitet mit einem **Anreizsystem** und will Fehlanreize verhindern. In der Theorie sollten folgende Anreize spielen:

Studierende	Erhöhung Studierendenzahl Reduktion Kosten pro Student
Ausländische Studierende	Erhöhung Studierendenzahl aus dem Ausland. Aber: Bund übernimmt fehlende Beiträge gemäss IUV/FHV nicht vollständig.
Abschlüsse	Erhöhung Anzahl Abschlüsse Erhöhung Anzahl Regelabschlüsse: Fokus auf BA
Drittmittel	Erhöhung Drittmittel
Wissenstransfer	Erhöhung Personal Lehre und Forschung

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar, welche tatsächlichen Wirkungen die genannten Anreize in der Praxis entfalten werden. Offene Fragen sind unmittelbar nach der Einführung des Verteilermodells insbesondere:

- Wie entwickelt sich das Mobilitätsverhalten der Studierenden? Reagieren sie etwa auf Qualitätsänderungen?
- Inwieweit geben die Hochschulleitungen die gesetzten Anreize an ihre Departemente weiter?
- Wie verhalten sich die Trägerkantone? Falls bei Verlusten kompensiert und bei Gewinnen abgeschöpft wird, reduzieren sich die Anreize.

Voraussichtlich sind (über alle FH betrachtet) folgende Wirkungen zu erwarten:

- Das Kriterium Studierende weist einen 1:1-Effekt zur Grösse der Hochschule auf. Auch die Anzahl der Abschlüsse und der Wissenstransfer korrelieren mit der Anzahl der Studierenden. Zudem gilt, dass Beiträge für kleine Hochschulen stärker schwanken als für grosse Hochschulen.
- Kleine Hochschulen profitieren jedoch vom Kriterium Drittmittel und dem höheren Gewicht der Forschung, da sie tendenziell forschungsintensiver sind.

Vermutlich hat das Verteilermodell auf folgende Bereiche eine deutliche Änderung:

- Musik/Theater, Hotellerie: profitieren vom Kriterium ausländische Studierende
- Technik/IT, Soziale Arbeit, Gesundheit: profitieren vom Kriterium Abschlüsse
- Landwirtschaft/Wald, Technik/IT, Chemie, Architektur/Bau: profitieren vom Kriterium Drittmittel

Insgesamt kann zum neuen Verteilermodell folgendes Fazit gezogen werden:

- Zur Grundfinanzierung: Die Abgeltung der Kosten steht im Vordergrund (z.B. im Unterschied zu einem Belohnungssystem); aber die Wettbewerbsorientierung wird gefördert.
- Die Anpassungen in der V-HFKG entsprechen den Zielsetzungen des HFKG und wollen eine Signalwirkung entfalten. Aber es ist dennoch keine fundamentale Änderung: Es gilt das Prinzip der formelbasierten Verteilung, aber die wichtigsten Verteilungskriterien bleiben bestehen. Die hohe Bedeutung der Lehre für die FH wird durch die V-HFKG bestätigt.
- Für einzelne Hochschulen / Fachbereiche sind dennoch substanzielle finanzielle Auswirkungen möglich.

- Die Entfaltung der Anreize hängt von weiteren Akteuren ab, insbesondere von der Reaktion der Trägerkantone.

Welche **Erkenntnisse** können **aus Sicht der Wirtschaftsfachhochschulen** aus dem neuen Verteilermodell gewonnen werden:

- Eine Qualitätsstrategie muss mit den Grundsätzen der V-HFKG übereinstimmen (Wettbewerb, Effektivität, Qualität).
- Zwischen den verschiedenen Grundsätzen sowie zwischen entsprechenden Anreizen und Fehlanreizen besteht ein Spannungsverhältnis. Es existieren Widersprüche, etwa zwischen der Qualität in der Lehre und den Vorgaben zur Steigerung der Effizienz. Sie müssen in den einzelnen Schools diskutiert werden.
- Ein Schlüsselfaktor ist, jene Studierenden zu gewinnen und zu behalten, welche den Zielsetzungen am besten entsprechen. Dies bedeutet konkret: Studierende, die keine Module repetieren müssen, ihr Studium in der vorgegebenen Zeit abschliessen und sich bezüglich Auswahl von Wahlpflichtmodulen flexibel zeigen.
- **Entscheidend ist, wie das neue Verteilermodell durch die Trägerkantone und die Hochschulen umgesetzt wird.**
- **Für die ZHAW School of Management and Law ist es relevant, wie der Verteilmechanismus innerhalb der ZHAW ausgestaltet wird.**

Die Auswirkungen des neuen Verteilermodells müssen in den kommenden Jahren beobachtet werden.

2.2 ERZIEHUNGSDIREKTORENKONFERENZ (EDK) / BILDUNGSZUSAMMENARBEIT BUND-KANTONE (BIZ)

Die EDK hielt ihre Plenarversammlung am 23. März 2017 ab. Einziges hochschulpolitisches Thema war eine Bilanz der gegenseitigen Anerkennung der Lehrdiplome nach 20 Jahren.⁴ Die EDK beschloss, das Diplomanerkenntnisrecht weiter zu entwickeln.⁵ An der Frühjahrsversammlung wurde auch der langjährige Generalsekretär der EDK, Hans Ambühl in den Ruhestand verabschiedet.⁶

2.3 KANTONE

Die Trägerkantone der FHNW (AG, SO, BS und BL) haben das Globalbudget für die gesamte Fachhochschule für die Leistungsperiode 2018 bis 2020 auf CHF 677 Mio. festgelegt. Das sind CHF 6 Mio. weniger als für die laufende Periode. Der von der FHNW ausgewiesene Finanzbedarf beträgt knapp CHF 689 Mio.⁷ Dies bedeutet, dass die FHNW «die strategische Entwicklung» aus dem Eigenkapital

⁴ «Education.ch», Mitteilungsblatt der EDK, 1/2017, S. 3 - 5.

⁵ Ebd.

⁶ «Mister Bildung tritt nach 18 Jahren von der Bühne ab», in: Südostschweiz vom 3. April 2017.

⁷ «Sechs Millionen weniger für Fachhochschule», in: Basler Zeitung vom 9. Juni 2017.

finanzieren muss, wie es in der Medienmitteilung der vier Trägerkantone heisst. Damit solle die FHNW ihre Autonomie auch unternehmerisch zur Geltung bringen.

2.4 HFKG-ORGANE

Der Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) hat im Berichtszeitraum keine Medienmitteilung publiziert.

Der ehemalige Basler Bildungsdirektor und heutige Nationalrat Christoph Eymann ist mit seiner parlamentarischen Initiative zur Aufnahme des Kantons Baselland in den Hochschulrat bereits in der vorberatenden Kommission des Nationalrats deutlich gescheitert.⁸ Damit hat sie kaum eine Chance, im Plenum angenommen zu werden. Um den Schaden für den Kanton Baselland möglichst klein zu halten, hat NR Maya Graf einen Minderheitsantrag eingereicht, der eine Anpassung des HFKG anregt und «eine starre Vertretung der Kantone im Hochschulrat» aufbrechen möchte.⁹ Der Hochschulrat besteht aus 14 Mitgliedern, wovon nur zwei Kantone keine Universitätskantone sind. Zurzeit sind dies die Kantone Aargau und Jura. Der Kanton Baselland hat schon mehrere vergebliche Versuche unternommen, als Universitätskanton anerkannt zu werden. Die Politik im Kanton Baselland ist frustriert und überlegt, sich von der Finanzierung der Universität Basel zurückzuziehen.¹⁰

2.5 SWISSUNIVERSITIES

Die Plenarversammlung von swissuniversities, der Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen, hat am 31. Januar 2017 eine **nationale Open-Access-Strategie** verabschiedet.¹¹ Diese hat zum Ziel, der Öffentlichkeit wissenschaftliche Publikationen so rasch wie möglich über das Internet oder über offene Datenbanken zugänglich zu machen. Diese Strategie wurde im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) erarbeitet und wird nun dem Schweizerischen Hochschulrat (SHK) übergeben.¹² Noch im Frühling 2017 sollte von swissuniversities in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern (SNF, SBFI, Hochschulbibliotheken) ein Aktionsplan erstellt, der nach einer Analyse und Konsultationsphase im Herbst definitiv verabschiedet werden soll.¹³ Der Aktionsplan wurde bisher noch nicht publiziert,

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass auf der Ebene ZHAW eine Open-Access-Policy existiert,

2.6 SCHWEIZERISCHER AKKREDITIERUNGSRAT

Keine relevanten Entwicklungen im Berichtszeitraum.

⁸ «Erneute Abfuhr für Uni-Kanton Baselland», in: Basellandschaftliche Zeitung vom 18. Februar 2017.

⁹ Ebd.

¹⁰ «Entscheid aus Bern könnte letztlich Uni Basel schaden», in: Basellandschaftliche Zeitung vom 22. Februar 2017.

¹¹ Medienmitteilung von swissuniversities vom 1. Februar 2017.

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

3 AKTUELLE HOCHSCHULPOLITISCHE THEMENSTELLUNGEN

3.1 PROFILBILDUNG

Die FH kommen regelmässig unter politischen Druck. Das jüngste Beispiel ist ein Postulat, das NR Andrea Gmür-Schönenberger (CVP) im März 2017 eingereicht hat. Darin möchte sie zusammen mit 22 Mitunterzeichnenden (u.a. die NR Adrian Amstutz, Hans-Ulrich Bigler, Christoph Eymann, Gerhard Pfister, Rosmarie Quadranti, Kathy Ricklin und Albert Röstli) den Bundesrat beauftragen, zusammen mit den HFKG-Organen in einem Bericht die Profile, Titelbezeichnungen und Zugangskriterien von Universitäten und Fachhochschulen zu klären und zu schärfen. Ausserdem sei der Trend zur Angleichung der Hochschultypen und zur Akademisierung zu stoppen, die Durchlässigkeit aber zu erhalten.¹⁴ Das Postulat zeigt die Unkenntnis, die viele Politiker und Politikerinnen über die FH haben. Die Begründung lautet wörtlich: «Die universitären Hochschulen (Universitäten, ETHZ, EPFL) und die Fachhochschulen sind gleichwertige, aber andersartige Hochschultypen. Sie ergänzen sich in einem sinnvollen und fruchtbaren Nebeneinander. Obwohl im HFKG verankert, wird dieser Grundsatz bereits stark verwässert: Gymnasiale Maturanden haben im Rahmen von «praxisintegrierten Bachelorstudien» die Möglichkeit, an einer Fachhochschule zu studieren – ohne vorgängiges Praxisjahr. Das ist nicht wirklich gesetzeskonform. Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass als Regelzugang eine Berufslehre mit Eidgenössischem Fähigkeitsausweis und eine Berufsmaturität nötig sind oder ein obligatorisches Praxisjahr nach dem Gymnasium. Ebenfalls nicht wirklich gesetzeskonform: Einzelne Fachhochschulen bezeichnen sich als «Hochschulen» oder «University of Applied Sciences» und erwecken so den Eindruck, sie seien universitäre Hochschulen. Dazu passt die Beobachtung, dass Fachhochschulen vermehrt habilitierte Dozierende ohne Praxiserfahrung anstellen und sich zum Teil von der angewandten Forschung abwenden und Doktoratsprogramme anbieten wollen. Der Trend zur Angleichung der Hochschultypen entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Eine weitere Akademisierung der Fachhochschulen ist zu stoppen. Beides gefährdet das erfolgreiche Schweizer Modell der dualen Berufsbildung. Vor diesem Hintergrund wird der Bundesrat aufgefordert, zusammen mit den zuständigen Organen die Profile (z.B. Studiengestaltung und Forschungsauftrag), Titelbezeichnungen (z.B. Kennzeichnung der Professorentitel) und Zugangskriterien von Universitäten und Fachhochschulen zu klären und zu schärfen.»¹⁵

Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 eine ablehnende Antwort auf das Postulat gegeben, die an dieser Stelle ausnahmsweise im Sinne einer Dokumentation ebenfalls im Wortlaut wiedergegen wird: «Der Bundesrat geht mit der Autorin des Postulates einig, dass die duale Ausbildung für unser Bildungssystem eine wichtige Rolle spielt und die Praxisausrichtung ein wesentliches Merkmal der Fachhochschulen (FH) ist. Für die Definition und die Sicherstellung dieser Praxisorientierung sind die Kantone und ihre FH zuständig.

¹⁴ Postulat 17.3234.

¹⁵ Ebd.

Das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30. September 2011 (HFKG; SR 414.20) bestätigt die Vielfalt der Hochschulprofile und insbesondere die Praxisausrichtung im Lehr- und Forschungsauftrag der FH (Zulassungsbedingungen, Art. 25 HFKG; Studiengestaltung, Art. 26 HFKG). Das praxisorientierte Fachhochschulprofil wird auch im Rahmen der obligatorischen institutionellen Akkreditierung überprüft (Art. 27 bis 35 HFKG). Darüber hinaus werden gemäss der Verordnung zum HFKG vom 12. November 2014 (V-HFKG; SR 414.201) die Beiträge an Forschung und Lehre je nach Profil der Hochschulen unterschiedlich aufgeteilt (Art. 7 V-HFKG). Die grosse Mehrheit der Eintretenden in die FH-Bachelorstudiengänge verfügt über eine Berufsmaturität (durchschnittlich 51 Prozent im Jahr 2015), im Bereich Technik sind es gar 63 Prozent. Die Anzahl Eintritte mit einer gymnasialen Maturität und zusätzlichem Praxisjahr ist stabil; ihr Anteil liegt bei durchschnittlich 21 Prozent über alle Fachbereiche und bei 16 Prozent für den Bereich Technik. Zudem hält der FH-Bachelor seinen Status als berufsbefähigender Regelabschluss: Die durchschnittliche Übertrittsrate in ein Masterstudium beträgt 17 bzw. 15 Prozent im Bereich Technik (2013).

Die praxisintegrierten FH-Bachelorstudiengänge für Inhaberinnen und Inhaber einer gymnasialen Maturität oder einer Berufsmaturität ohne berufliche Grundausbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf, wurden auf Verlangen der Wirtschaft eingeführt und sind zeitlich befristet; 2019 werden sie einer Evaluation unterzogen. Es gelten strenge Studienbedingungen: Ein vierjähriges Studium, ein validierter Praxisanteil in einem Unternehmen, der 40 Prozent der gesamten Studienzeit ausmacht und ein entsprechender Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen über die vierjährige Studiendauer. Zudem ist das Projekt auf Studiengänge in den Mint-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), die unter einem starken Fachkräftemangel leiden, beschränkt. Diese befristete Sonderregelung geht auf die Fachkräfteinitiative zurück und steht im Einklang mit dem Praxisprofil der FH. Die dritte Studienstufe ist einzig den universitären Hochschulen (UH) vorbehalten. Kooperationen auf Doktoratsstufe zwischen UH und FH sind notwendig und möglich für den FH-Nachwuchs.

Über die Bezeichnung der Institutionen der Tertiärstufe A entscheiden die FH und ihre jeweiligen kantonalen Trägerschaften. Die FH verwenden in der Regel die Bezeichnung «Fachhochschule» (z. B. BFH, FHNW, FHO, HES-SO oder Supsi). Der Begriff der «Hochschule» wird im FH-Bereich häufig für die Teilschulen einer FH verwendet. «University of Applied Sciences» ist der in den meisten europäischen Ländern mit Fachhochschulen übliche Begriff; er weist genau auf das praxisorientierte Profil hin.

Der Bundesrat unterstützt auch die Ansicht der Autorin des Postulates, was die Wichtigkeit der Praxiserfahrung von FH-Dozierenden anbelangt. Diese Qualifikationsanforderung ist weitgehend erfüllt (siehe zu diesem Thema den Bericht des Bundesrates vom 28. Mai 2014 «Massnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz» in Erfüllung des Postulates der WBK-SR 12.3343, Seiten 62ff.). Dies bedeutet nicht, dass zugunsten der Kompetenzvielfalt nicht auch Inhaberinnen und Inhaber eines Dokortitels eingestellt werden können, sofern der Praxisbezug sichergestellt wird. Der Bund unterstützt in Form von projektgebundenen Beiträgen in der BFI-Periode 2017-2020 ein Projekt, mit dem das Profil von künftigen FH-Dozierenden, das sowohl praktische als auch wissenschaftliche Kompetenzen umfasst, gestärkt werden soll. Der hohe Anteil der Lehre (rund 75 Prozent der Betriebskosten) und die mehrheitlich in Zusammenarbeit mit Partnern der Arbeitswelt durchgeführte angewandte Forschung und Entwicklung (aFuE) unterscheidet die FH ebenfalls klar von den UH. Die

aFuE wird zu über drei Vierteln mit Drittmitteln sowie über kompetitiven Fördermitteln der Kommission für Technologie und Innovation (ab 2018 «Innosuisse») finanziert. Letztere plant für 2019 eine neue Massnahme, mit der der Erwerb von aFuE-Erfahrungen in Unternehmen bei Forschenden und potenziellen Dozierenden der Fachhochschulen unterstützt werden soll.

Schliesslich wird die praktische Ausrichtung der FH beim Mandat der Schweizerischen Hochschulkonferenz an swissuniversities zur strategischen Planung 2021-2024 erneut als Priorität gebührend berücksichtigt werden.

Aufgrund der obigen Erläuterungen sieht der Bundesrat keinen Anlass, einen Bericht zu erstellen oder weitere Massnahmen zur Differenzierung der Hochschultypen im Hinblick auf eine Stärkung des dualen Bildungssystems zu ergreifen. »¹⁶

Das Postulat wurde im Nationalrat noch nicht behandelt.

Wolf Linder, emeritierter Professor der Universität Bern und Mitglied des Schweizerischen Wissenschafts- und Innovationsrats SWIR, plädiert für ein klareres Profil der Fachhochschulen und der Universitäten.¹⁷ Wie in den meisten Artikeln dieser Art werden v.a. die FH kritisiert.

3.2 BFI-BOTSCHAFT 2017-2020

Die eidgenössischen Räte haben 2016 die Botschaft «Bildung, Forschung, Innovation 2017-2020» (BFI-Botschaft) beraten und verabschiedet.¹⁸ Im Hintergrund laufen bereits die Vorbereitungen für die nachfolgende BFI-Periode 2021-2024.

3.3 PERMANENTE HOCHSCHULPOLITISCHE THEMENSTELLUNGEN

Keine relevanten Entwicklungen im Berichtszeitraum.

4 AKTEURE IM TERTIÄREN BILDUNGSSEKTOR – ÜBERGREIFENDE POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

4.1 TERTIÄR A

Universitäten

Keine für die FH relevanten Entwicklungen in Berichtszeitraum.

Fachhochschulen

- Die Diskussionen um die **Führungsstrukturen in der FHO** gingen auch im ersten Halbjahr weiter. Die St. Galler Regierung plant eine einheitliche Führung der drei Standorte St. Gallen,

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Wolf Linder, «Der kleine Unterschied», in: Die Weltwoche Nr. 19, 11. Mai 2017.

¹⁸ «21 Vorlagen verabschiedet», in: NZZ vom 1. Oktober 2016.

Buchs und Rapperswil. Ein externes Gutachten vom Februar 2017 unterstützt diese Stossrichtung, wird jedoch von der CVP kritisiert.¹⁹ Offen ist auch noch die Frage, ob sich die Kantone Glarus und Schwyz bei den neuen Strukturen weiterhin an der Finanzierung der HSR Rapperswil beteiligen.²⁰

- Im Juni 2016 hatte der Grosse Rat des Kantons Bern einen Entscheid betreffend **Standorte der BFH** gefällt. Im Februar 2017 kam es zu nochmaligen Diskussionen, als bekannt wurde, dass die BFH beabsichtige, das Departement Wirtschaft, Gesundheit und Soziales (WGS) in drei einzelne Departemente aufzuteilen. Diese Aufteilung war im Juni 2016 noch nicht bekannt und hat nun bei Befürworterinnen und Befürworthern des BFH-Standorts Burgdorf Verärgerung ausgelöst. Die Debatte um die Standortfrage wird jedoch nicht neu aufgerollt.²¹
- Die **HTW Chur erhält einen neuen Campus**. Die Bündner Regierung entschied sich für den Standort Chur und gegen Landquart, das sich ebenfalls beworben hatte.²²
- Der **zweite Bildungsbericht Nordwestschweiz** ist Anfang Juni 2017 erschienen. Er stellt die vier Bildungssysteme der Kantone BS, BL, SO und AG gegenüber und zeigt die Entwicklungen seit 2012 auf. Der Bildungsbericht weist auf die zentrale Bedeutung der FHNW hin.²³
- Der Staatsrat des Kantons Freiburg sieht keinen Grund, die **Freiburger Fachhochschulen der Volkswirtschaftsdirektion** wegzunehmen. Die Fachhochschulen für Gesundheit und Soziale Arbeit waren erst 2015 von der Erziehungsdirektion zur Volkswirtschaftsdirektion transferiert worden. Dieser Schritt war nicht unumstritten gewesen, wurde nun aber von der Regierung bestätigt.²⁴ Der seit einem Jahr amtierende Generaldirektor Jacques Genoud will ausserdem die Zusammenarbeit der vier Freiburger FH fördern.²⁵

Weitere Institutionen

Bereits im Frühling 2015 wurde über die Absicht der deutschen Hochschule IUNWorld berichtet, in Schaffhausen einen neuen Standort zu eröffnen. Die **Hochschule Schaffhausen ist nun offiziell**. Sie hat bereits eine eigene Webseite aufgeschaltet und einen neuen Standort an der Rheinstrasse 10 in Schaffhausen gefunden, sieben Gehminuten vom Bahnhof entfernt.²⁶



Forschungsschwerpunkte der Hochschule Schaffhausen sind gemäss ihrer Webseite: Innovation Management, Economic Decision Making und Sport Marketing. Im Studienangebot befinden sich aktuell folgende Programme:

¹⁹ «Kritik an Hochschulstudie», in: St. Galler Tagblatt vom 24. Februar 2017.

²⁰ «St. Galler wollen die HSR mit anderen Schulen fusionieren», in: Südostschweiz vom 6. Juni 2017.

²¹ «Das Täuschungsmanöver bleibt ohne Konsequenzen», in: Der Bund vom 10. März 2017-

²² «Chur erhält den Zuschlag fürs neue Hochschulzentrum», in: Südostschweiz vom 13. Januar 2017.

²³ «Bildungsbericht Nordwestschweiz», Medienmitteilung vom 1. Juni 2017.

²⁴ «Fachhochschulen weiter bei Volkswirtschaftsdirektion», in: Freiburger Nachrichten vom 20. Mai 2017.

²⁵ «Vier Schulen für eine gemeinsame Vision», in: Freiburger Nachrichten vom 6. Februar 2017.

²⁶ Webseite Hochschule Schaffhausen, abgerufen am 30. Mai 2017.

- BSc und MSc Betriebswirtschaftslehre
- BSc Sport- und Eventmanagement
- BSc und MSc Wirtschaftspsychologie
- MSc BWL mit Schwerpunkt Sport- und Eventmanagement
- MBA General Management

Diese Programme werden in einem «semi-virtuellen Studienkonzept» angeboten. Dieser sieht neben virtuellen Seminaren, Vorlesungen und Lernplattformen, jeweils Präsenzblöcke von drei Wochen pro Semester im Hochschulcampus in Schaffhausen vor²⁷. Einige Programme sollen schon im Herbst 2017 ihren Betrieb aufnehmen²⁸.

Gemäss der Webseite der Hochschule unterstützt der Kanton Schaffhausen den Aufbau der Hochschule aus dem Generationenfonds. Weitere Mittel steuert der Bund aus der neuen Regionalpolitik bei. Die Hochschule Schaffhausen hat bereits ein Gesuch auf institutionelle Akkreditierung nach HFKG beim Schweizerischen Akkreditierungsrat eingereicht²⁹. Bis zum Abschluss des Akkreditierungsverfahrens der Hochschule Schaffhausen erhalten die Absolventen und Absolventinnen einen Doppelabschluss. Der zweite Abschluss ist bereits akkreditiert und damit international anerkannt. Da die Hochschule Teil des Hochschulnetzwerkes IUN World GmbH ist, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um deutsche oder österreichische Abschlüsse handelt.

4.2 KTI (INNOSUISSE) UND SNF

Der Bundesrat hat im März 2017 auf Antrag des Verwaltungsrates von **Innosuisse** die Wahl von Annalise Eggimann, der aktuellen Geschäftsführerin der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), zur Direktorin von Innosuisse per 1. April 2017 genehmigt. Mit dieser Wahl erfolgt ein weiterer wichtiger Schritt zur Überführung der heutigen KTI in die neue, ab 2018 rechtlich selbständige Förderagentur des Bundes.³⁰ Sowohl der Verwaltungsrat der Innosuisse und als auch der Bundesrat setzen mit dieser Wahl auf Kontinuität. Aufgrund ihres Fachwissens und ihrer langjährigen Führungserfahrung (u.a. beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) wie auch beim BAKOM) verfügt die ausgebildete Juristin mit Anwaltspatent und einem Executive MBA der Universität Zürich über das notwendige Profil zur Erfüllung dieser Aufgabe. Dank ihrer Tätigkeit als Geschäftsführerin der KTI (seit 2015) kennt sie die anstehenden Herausforderungen sehr genau und bringt optimale Voraussetzungen zur Ausübung der Funktion als Direktorin der Innosuisse mit.³¹

Der Bund unterstützt den **Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF)** in den Jahren 2017-2020 mit rund 4,1 Milliarden Franken. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und der SNF haben im Mai 2017 die entsprechende Leistungsvereinbarung unterzeichnet.³² Neben der Fortführung der bisherigen Förderung mit

²⁷ Ebd.

²⁸ «19 Firmenansiedlungen im letzten Jahr», in: Schaffhauser Nachrichten vom 25. März 2017.

²⁹ Webseite Hochschule Schaffhausen, abgerufen am 30. Mai 2017.

³⁰ «Annalise Eggimann wird Direktorin der neuen Innosuisse», Medienmitteilung des Bundes vom 22. März 2017.

³¹ Ebd.

³² «Leistungsvereinbarung mit dem Schweizerischen Nationalfonds unterzeichnet», Medienmitteilung des SBFI vom 31. Mai 2017.

Schwerpunkten in den Bereichen Projekte und Karriere enthalten die strategischen Leistungsziele auch neue Förderbereiche, wie etwa in Zusammenarbeit mit der Kommission für Technologie und Innovation Innosuisse, um aus Forschungsergebnissen schneller Innovationen zu entwickeln. Gemäss der Leistungsvereinbarung mit dem SBFi setzt der SNF in der Periode 2017-2020 mehr als die Hälfte der zugesprochenen Bundesbeiträge für die Projektförderung ein (2100 Millionen Franken). Er fördert damit die kompetitive Forschung auf höchstem Niveau. Auch **unterstützt er die anwendungsorientierte Forschung**, davon können namentlich auch **Forschende an Fachhochschulen** und pädagogischen Hochschulen profitieren (**Programm «Bridge»**).³³ Die zweite bedeutende Aufgabe des SNF betrifft die **Karriereförderung** (755 Millionen Franken über vier Jahre). Die entsprechenden Instrumente haben sich insgesamt gut bewährt. Sie sollen in der Beitragsperiode 2017-2020 klarer positioniert werden und insbesondere mehr Chancen schaffen für eine frühe Unabhängigkeit von talentierten Forscherinnen und Forschern.³⁴

Bei den vom SNF geführten Programmen im Auftrag des Bundes ist unter anderem die Ausschreibung einer **fünftens Serie von Nationalen Forschungsschwerpunkten** vorgesehen. Diese dienen der Schwerpunkt- und Strukturbildung in für die Schweiz strategisch wichtigen Bereichen. Eine neue Prüfrunde ist auch bei den Nationalen Forschungsprogrammen (NFP) geplant. NFP dienen der Erarbeitung von Orientierungs- und Handlungswissen zur Lösung aktueller Probleme von Gesellschaft und Wirtschaft.³⁵

4.3 TERTIÄR B

Das Parlament hat 2017 **in der höheren Berufsbildung** einen **Systemwechsel von der objekt- zur subjektorientierten Finanzierung** beschlossen. Ab 2018 werden Absolventinnen und Absolventen von vorbereitenden Kursen auf eidgenössische Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen eine bundesweit einheitlich geregelte finanzielle Unterstützung erhalten. Damit erhöht der Bund sein Engagement. Der Bundesrat hat im Februar 2017 den Entwurf für eine entsprechende Änderung der Berufsbildungsverordnung in die Vernehmlassung geschickt. Diese dauerte bis Ende Mai 2017.³⁶

Während die Durchführung der eidgenössischen Prüfungen mit 60 bis maximal 80 Prozent vom Bund subventioniert wird, werden die vorbereitenden Kurse nur zum Teil kantonal subventioniert. Dagegen ist das schulische System auf Tertiärstufe B (höhere Fachschulen) vor allem öffentlich finanziert. Mit dem neuen, subjektorientierten Finanzierungssystem werden die bisher vom Bund an die Kantone geleisteten Beiträge aufgestockt.³⁷ Sie werden direkt an Personen ausbezahlt, die einen vorbereitenden Kurs für eine eidgenössische Berufs- oder höhere Fachprüfung besucht haben und im Anschluss daran eine eidgenössische Prüfung absolvieren. Die finanzielle Belastung von Studierenden in der höheren

³³ Ebd.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

³⁶ «Bundesrat hat Vernehmlassung eröffnet», in SBFi-News 3/17, S. 5f.

³⁷ Ebd.

Berufsbildung und an Hochschulen soll so angeglichen, die Attraktivität der eidgenössischen Prüfungen erhöht und ein Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs (Fachkräfteinitiative) geleistet werden.³⁸

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses waren noch keine Vernehmlassungsergebnisse bekannt.

Das neue Finanzierungssystem wird nur marginale direkte Auswirkungen auf die FH haben.

4.4 SCHNITTSTELLEN TERTIÄR B – TERTIÄR A

Keine relevanten Entwicklungen im Berichtszeitraum.

4.5 SEKUNDARSTUFE II

Gymnasium

Die Debatte über den Stellenwert und die Bedeutung der Gymnasien und der gymnasialen Matur im schweizerischen Bildungssystem setzte sich auch im ersten Halbjahr 2017 fort. Ein Diskussionspunkt ist jeweils die steigende Anzahl der Gymnasiasten und Gymnasiastinnen. Bildungsökonom Stefan Wolter erläuterte in einem Interview seine Prognose zur Maturitätsquote.³⁹ Er geht davon aus, dass sie sich in den kommenden Jahren zwischen den Kantonen angleichen wird.⁴⁰ Zwar stellt Wolter derzeit noch einen Unterschied zwischen der Romandie und der Deutschschweiz fest. Im Kanton Genf, in dem die Maturitätsquote derzeit wie in der gesamten Romandie bei 30% liegt, findet jedoch langsam ein Umdenken statt. Viele Gymnasiasten scheiterten in der französischsprachigen Schweiz im Studium aus Überforderung und viele Firmen fänden keine guten Lehrlinge mehr. Zunehmend setze sich deshalb die Überzeugung durch, dass nicht jeder und jede ans Gymnasium zugelassen werden dürfe, wenn man eine gute Berufsbildung wünscht.⁴¹ In vielen Deutschschweizer Kantonen ist die Maturitätsquote hingegen tief. Hier steige der Druck auf die Eltern, ihre Kinder ins Gymnasium zu schicken.⁴² Stefan Wolter plädiert zudem dafür, den Zugang zur Berufsmaturität zu verbessern, wenn man die Anzahl Gymnasiasten und Gymnasiastinnen beschränken möchte.⁴³

Auch der Kanton Zürich ist daran, den Zugang zu den Gymnasien zu beschränken. Es gibt zwei Gründe dafür. Zum einen sollen die Langzeitgymnasien aus Spargründen weniger Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Die Aufnahmekriterien wurden deshalb in den vergangenen Monaten verschärft und die Aufnahmeprüfungen strenger benotet.⁴⁴ Zum anderen sind in den Zürcher Kantonsschulen die Durchfallquoten relativ hoch. Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner hat die Absicht, Kinder und Jugendliche durch eine bessere Selektion zu schützen.⁴⁵

Neben der bildungspolitischen Debatte rund um die Gymnasien findet auch eine inhaltliche Debatte um die Mittelschulen statt. Die EDK beabsichtigt, das Fach Informatik obligatorisch einzuführen. Sie hat dazu

³⁸ Ebd.

³⁹ «Angst, dass Gymi-Schüler auf der Tasche liegen», in: 20Minuten vom 20. Februar 2017.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd. Vgl. auch: «Nachteil Land: Klug, aber nicht am Gymi», in: Schweiz am Wochenende vom 1. April 2017. Und: «Die Maturitätsquote steigt», in: Thurgauer Zeitung vom 22. Mai 2017.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ «Zürcher Gymnasien verschärfen ihre Aufnahmekriterien», in: TagesAnzeiger vom 10. Mai 2017.

⁴⁵ Ebd.

im Februar 2017 eine Anhörung gestartet.⁴⁶ Eine erste Auswertung der eingegangenen Antworten zeigt ein durchaus positives Echo auf dieses Vorhaben.⁴⁷

Berufsmaturitätsschulen

Stefan Wolter plädiert im oben erwähnten Artikel ebenfalls dafür, den Zugang zur Berufsmaturität zu verbessern, wenn man die Anzahl Gymnasiasten und Gymnasiastinnen beschränken möchte.⁴⁸ Ein positives Beispiel für die Förderung der BMS ist der Kanton Schaffhausen. Er weist national mit 22% die höchste Berufsmaturitätsquote aus. Schweizweit liegt sie bei 15.1%.⁴⁹ Der Prorektor des Berufsbildungszentrums Schaffhausen begründet die hohe Zahl an Berufsmaturanden und Berufsmaturandinnen mit dem guten Ruf sowie der hohen Beachtung seiner Schule.⁵⁰

Fachmittelschulen

Die ersten Vorbereitungskurse («Passerelle») für Fachmaturanden und Fachmaturandinnen starten im Kanton Zürich im August 2017.⁵¹ Sie ermöglichen den Absolventen und Absolventinnen einer FMS ein Studium an einer schweizerischen Universität. Die Kurse dauern ein Jahr und schliessen mit einer Ergänzungsprüfung ab. Die Öffnung der Passerelle für Fachmaturanden und Fachmaturandinnen soll gemäss der Bildungsdirektion des Kantons Zürich dazu beitragen, den praxisorientierten Weg über die Fachmittelschulen in die Tertiärstufe zu stärken.⁵²

5 HOCHSCHULFINANZIERUNG

An dieser Stelle sei ausdrücklich auf Kapitel 2.2 und dem darin erläuterten neuen Verteilermodell zur Finanzierung der Fachhochschulen verwiesen.

Entgegen der landläufigen Meinung sind die **Kosten pro Studierenden für den Staat in den vergangenen zehn Jahren in den meisten Studienrichtungen gesunken**, wie aus einer Studie des Bundesamts für Statistik hervorgeht.⁵³ Der grösste Kostenfaktor ist das Betreuungsverhältnis.⁵⁴ Der finanzielle Aufwand steigt, wenn beispielsweise neue Klassen eröffnet oder mehr Abschlussarbeiten betreut werden müssen. Diese Kennzahl steht in einem Spannungsverhältnis zu den Qualitätsansprüchen der Hochschulen, die ein möglichst gutes Betreuungsverhältnis anstreben. Um beiden Ansprüchen gerecht zu werden, setzen v.a. Universitäten zur Betreuung der Studierenden häufig Doktorierende und wissenschaftliche

⁴⁶ Vernehmlassungsunterlagen der EDK «Informatik an Gymnasien» vom 1. Februar 2017.

⁴⁷ «Neues Pflichtfach erhält Schub», in: Südostschweiz vom 29. April 2017.

⁴⁸ «Angst, dass Gymi-Schüler auf der Tasche liegen», in: 20Minuten vom 20. Februar 2017.

⁴⁹ «Schaffhausen stellt die meisten Berufsmaturanden», in: Schaffhauser Nachrichten vom 3. Juni 2017.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ «Passerellen für Fachmaturandinnen und Fachmaturanden», Medienmitteilung des Kantons Zürich vom 6. Januar 2017.

⁵² Ebd.

⁵³ «Ein Student kostet den Staat immer weniger», in: Schweiz am Sonntag vom 26. Februar 2017.

⁵⁴ Ebd.

Mitarbeitende ein anstelle von Professoren. In den Wirtschaftswissenschaften sind die Kosten von CHF 10'737 (2007) auf CHF 9'143 (2015) gesunken.⁵⁵

6 VIERFACHER LEISTUNGS-AUFTRAG

6.1 BACHELOR

Der nationale Studierendenverband VSS fordert, dass alle Studiengänge in Zukunft auch in einem Teilzeitprogramm absolviert werden können.⁵⁶ Sie begründen ihr Anliegen mit der Tatsache, dass sehr viele Studierende einem Nebenjob nachgehen müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Die Chancengleichheit sei gefährdet, wenn die finanziellen Mittel der Eltern massgeblich für ein Studium werden, so der Sprecher des VSS.⁵⁷ Der Vorstoss des VSS ist auch eine Reaktion auf die gescheiterte Stipendieninitiative von 2015.

6.2 MASTER

Keine relevanten Entwicklungen im Berichtszeitraum.

6.3 3. ZYKLUS

Im Rahmen der **BFI-Botschaft 2017-2017** läuft ein **Programm**, in dem die **Kooperation der FH mit den UH im Bereich des Doktorats gefördert** wird. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hochschultypen wird in der Presse mit Interesse verfolgt. So berichtete sie über die Kooperation der Universität Zürich mit dem PHZH in der Fachdidaktik⁵⁸ oder mit der ZHAW.⁵⁹ Zudem wird inzwischen durchaus erkannt, dass Dissertationen an FH neue Forschungsansätze ermöglichen.⁶⁰

Ein Artikel in der «24 heures» weist zudem auf verschiedene DBA-Programme in der Westschweiz hin.⁶¹

6.4 WEITERBILDUNG

Eine Umfrage der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) bei den FH zeigt «einen massiven Umsatzzuwachs in der Weiterbildung, in einem an sich stagnierenden Markt».⁶² In den kommenden Jahren erwartet Erik Nagel von der HSLU Wirtschaft allerdings nur noch ein geringes bis moderates Wachstum in der Weiterbildung.⁶³ Das liege daran, dass zwar der Bedarf in den vergangenen Jahren

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ «Die Teilzeit-Elite», in: Schweiz am Sonntag vom 29. Januar 2017.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ «Fachdidaktik mit Doktorhut», in: NZZ vom 18. Mai 2017.

⁵⁹ «Die Lorbeeren ernten heute andere», in: NZZ vom 24. Mai 2017.

⁶⁰ «Warum auch nicht hier? », in: NZZ vom 5. April 2017.

⁶¹ «Le DBA, un nouveau venu en Suisse», in: 24heures vom 3. März 2017.

⁶² «Fachhochschulen profitieren von Bildungshunger», in: Der Bund vom 29. Dezember 2016.

⁶³ Ebd.

durchaus gestiegen sei, aber auch die Konkurrenz auf dem Markt massiv zugenommen habe, so Nagel.⁶⁴ Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident der FHNW, sieht den Erfolg der FH in der Weiterbildung im richtigen Angebot, zudem habe es in den vergangenen Jahren einen klaren Trend zu Modularisierung und kürzeren WB-Angeboten gegeben.⁶⁵

Aus einer Antwort von swissuniversities an die AMS geht indirekt hervor, dass seit dem Inkrafttreten des HFKG auf eidgenössischer Ebene **keine rechtlichen Hindernisse** mehr bestehen, **dass auch FH einen MBA anbieten.**

6.5 F&E / DL

Nachdem das Parlament am 16. Dezember 2016 beschlossen hat, das Kroatien-Protokoll zu ratifizieren, ist die Schweiz seit 1. Januar 2017 wieder vollassoziertes Mitglied am Forschungsprogramm Horizon 2020. Zwischen 2014 und Ende 2016 hatte der Bund die Kosten um Umfang von CHF 600 Mio. für die Projekte übernommen.

Das Thema der diesjährigen Bürgenstock-Konferenz vom 20. Januar war die Forschung. Die verschiedenen Referate gaben einen Überblick über die Bedeutung sowie die Diskussionen rund um die Forschung an den FH und den PH.

7 STUDIERENDE, ABSOLVENTINNEN UND ABSOLVENTEN

7.1 STIPENDIEN

Keine relevanten Entwicklungen im Berichtszeitraum.

7.2 MOBILITÄT UND ERASMUS

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, eine **schweizerische Lösung** 2018-2020 zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung zu genehmigen und die dazu notwendigen finanziellen Mittel zu bewilligen. Er hat am 26. April 2017 eine entsprechende Botschaft ans Parlament überwiesen.⁶⁶ Der Bund lehnt seine Förderpolitik seit über zwanzig Jahren vorwiegend an die europäischen Bildungsprogramme an. Seit der Sistierung der Verhandlungen zur Assoziierung am Programm Erasmus+ im Februar 2014 sicherte eine vom Bundesrat verabschiedete Übergangslösung bis Ende 2017 die internationale Mobilität von Schweizerinnen und Schweizern in allen Bildungsbereichen. Mit der vorliegenden Botschaft beantragt der Bundesrat einen Gesamtkredit von 114,5 Millionen Franken für eine Schweizer Lösung zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ «Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung für die Jahre 2018-2020», Medienmitteilung des Bundesrats vom 27. April 2017.

Damit sollen die für Schweizer Zielgruppen essenziellen und erprobten Mobilitäts- und Kooperationsaktivitäten weiterhin unterstützt und kompatibel zu Erasmus+ durchgeführt werden.⁶⁷ Die Schweiz erhofft sich durch eine nationale autonome Lösung den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, um die bestehenden nationalen Programme besser aufeinander abzustimmen. Die Umsetzung der Fördermassnahmen und die Unterstützung der strategischen Weiterentwicklung wird hauptsächlich Aufgabe der von Bund und Kantonen getragenen nationalen **Agentur Movetia** sein.⁶⁸ Der Bundesrat wird die Frage einer erneuten Assoziierung an das Nachfolgeprogramm zu Erasmus+ auf die neue Programmperiode ab 2021 hin prüfen. Er führt zu diesem Zweck die Gespräche mit der Europäischen Kommission fort.⁶⁹

Swissuniversities hat sich bereits im März 2017 kritisch zu einer schweizerischen Lösung geäussert. Die Nicht-Assoziierung an Erasmus+ berge für den Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz Langzeitrisiken und benachteilige die Schweizer Hochschulen, da sie nur einen begrenzten Zugang zu den europäischen Spitzenuniversitäten erlaube.⁷⁰ Erasmus+ beinhaltet neben den eigentlichen Mobilitätsprogrammen für die Studierenden weitere Aspekte, nicht so einfach kompensiert werden können.

7.3 GHOSTWRITING

Ghostwriting bereitet den Hochschulen weiterhin Probleme. Die HSG reichte Strafanzeige ein – doch wie sich gezeigt hat leider umsonst⁷¹. Polizei und Staatsanwaltschaft fanden keine schriftliche Arbeit, anhand welcher sich der Vorwurf der «Erschleichung einer falschen Beurkundung» auch nur hätte überprüfen lassen. Der Fall ist damit für die Justiz abgeschlossen. Die HSG versuchte daraufhin, ihre eigenen Massnahmen gegen solche Betrügereien auszuweiten. Sie prüfte gemäss eigenen Angaben verschiedene Softwarelösungen zur Entdeckung von Ghostwriter-Arbeiten – doch diese hätten nicht überzeugt. Eines der Probleme hierbei: Im Gegensatz zu Plagiaten, also abgeschrieben Texten, sind Ghostwriter-Arbeiten in der Regel Unikate. Die Anbieter von Ghostwriting sichern sich rechtlich ab. Die Verantwortung dafür, was mit der Arbeit passiert, liegt beim Auftraggeber.

Strafrechtsprofessoren der Universität Bern reichten ebenfalls im Jahr 2015 Strafanzeige gegen Acad Write ein. Der Vorwurf: Mittäterschaft oder Gehilfenschaft zur Falschbeurkundung. Aber auch diese Anzeige blieb erfolglos. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft Zürich lag kein «Anfangsverdacht für eine Urkundenfälschung» vor, weil Acad Write die Verwendung der Texte für Prüfungszwecke untersage. Damit bleibt solches Geistertreiben an den Universitäten weiterhin unbestraft.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ «Plädoyer für eine Wiederassoziiierung der Schweiz am Programm Erasmus+», Medienmitteilung von swissuniversities vom 13. März 2017.

⁷¹ «Ghostwriting: HSG scheidert mit Strafanzeige», in: Tagblatt vom 2. Februar 2017.

7.4 QS BEST STUDENT CITIES

In der fünften Auflage des QS Best Student Cities Ranking ist die Stadt Zürich von Platz 12 auf 15 gefallen⁷². Sie liegt aber immer noch in den Top 20 Städten für Studierende weltweit. Die hohen Lebenshaltungskosten in Zürich spiegeln sich in der Kategorie Affordability wieder, in der die Stadt vier Plätze fällt und nur auf Rang 82 von 125 liegt. Jedoch bieten nur sieben andere Städte den Studierenden eine noch höhere Lebensqualität. Zürich liegt auf Rang acht für Desirability, was aus weiteren Faktoren wie Umweltverschmutzung, Korruption und Sicherheit besteht. Zürich profitiert auch von der hohen Employer Activity. Paris fällt erstmals auf den zweiten Platz in dem Ranking, während London zwei Plätze aufsteigt auf Rang drei. Städte aus Grossbritannien schneiden insgesamt gut ab. QS Best Student Cities 2017: Top 10: 1. Montreal (7), 2. Paris (1), 3. London (5), 4. Seoul (10), 5. Melbourne (2), 6. Berlin (9), 7. Tokyo (3), 8. Boston (13), 9. Munich (11), 10. Vancouver (13).

7.5 LOHNSTUDIE FH SCHWEIZ 2017

FH Schweiz, der nationale Dachverband von Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen, führt alle zwei Jahre eine Studie durch, die über alle Fachbereiche hinweg die Löhne und Arbeitssituation von FH-Absolventen beleuchtet. Über 10'000 Fachhochschul-Absolventen gaben für die FH-Lohnstudie 2017 zu den Themen Lohn, Arbeitssituation und Weiterbildung Auskunft.⁷³ Gegenüber der letzten Befragung 2015 ist das Lohnniveau über alle Fachbereiche stabil geblieben. Doch gibt es grosse Unterschiede, zwischen Fachbereichen, Branchen und den Geschlechtern.

Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs Wirtschaft und Dienstleistungen erwirtschaften zusammen mit dem Fachbereich Pädagogik die höchsten Jahresgehälter.

Grosse Spannweite bei den Jahresgehältern
Löhne nach Fachbereich gemäss allen Antwortenden (in Franken)

Fachbereiche der Fachhochschulen	Kader	Sach-/Facharb.
Agrar- und Forstwirtschaft	1 02 700	82 000
Angewandte Linguistik	1 00 700	84 500
Architektur, Bau- und Planungswesen	1 06 12 5	79 950
Chemie und Life Sciences	1 07 000	90 000
Design	70 000	55 186
Gesundheit	83 333	74 425
Musik, Theater und andere Künste	72 727	79 000
Pädagogik, Lehrerbildung	122 167	89 917
Angewandte Psychologie	11 0250	98 250
Soziale Arbeit	1 00 000	87 749
Sport	1 01 200	95 000
Technik und Informationstechnologie	116 667	92 950
Wirtschaft und Dienstleistungen	122 500	87 000

MEDIANLOHN 100 000 FRANKEN QUELLE: FH-LOHNSTUDIE 2017, WWW.FHLOHN.CH

Die Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs Wirtschaft und Dienstleistungen sind, wie in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich, üblicherweise Angestellte und hauptsächlich im privaten Sektor tätig. 60 Prozent der FH-Absolventen arbeiten in einem Grossunternehmen, 40 Prozent sind im KMU-Bereich

⁷² «Zürich fällt als Studentenstadt zurück», in: Tagesanzeiger vom 15. Februar 2017

⁷³ «FH-Lohnstudie 2017», FH Schweiz, in: Handelszeitung vom 18. Mai 2017

tätig. Zwei Drittel machen dies in Kaderpositionen, wobei die Luft nach oben leicht dünner wird. Der Rest sind FH-Ökonomen in der Sach- und Fachbearbeitung.

Mehr vom Staat angestellte Ökonomen als 2015 (+10%)

Profil aller FH-Ökonomen (in Prozent)

Geschlecht	
Frauen	28
Männer	72
Altersstruktur	
Bis 30 Jahre	35
31 bis 40 Jahre	37
41 bis 50 Jahre	18
51 bis 60 Jahre	9
über 60 Jahre	1
Tätig im	
Öffentlichen Sektor	21
Privaten Sektor	78
Keine Angabe	1
Arbeitsverhältnis	
Angestellt	92
Selbstständig	2
Beschäftigungsgrad	
Vollzeit (ab 91 Prozent)	80
Teilzeit (bis 90 Prozent)	20
Unternehmensgrösse	
KMU (bis 49 Vollzeitstellen) ¹	22
KMU (50 bis 249 Vollzeitstellen) ¹	18
GU (250 bis 999 Vollzeitstellen) ²	17
GU (ab 1000Vollzeitstellen) ²	43
Firmenzugehörigkeit	
Weniger als 2 Jahre	25
2 bis 5 Jahre	34
6 bis 10 Jahre	22
über 10 Jahre	19
Position	
Oberes Kader	18
Mittleres Kader	20
Sonstiges Kader	29
Sach-/ Fachbearbeitung	33
In aktueller Position seit	
Weniger als 2 Jahre	40
2 bis 5 Jahre	43
6 bis 10 Jahre	11
Mehr als 10 Jahre	6

1 KMU = KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN
2 GU = GROSSE UNTERNEHMEN
QUELLE: FH-LOHNSTUDIE 2017, WWW.FHLOHN.CH

Oberes Kader hat dieses Jahr Federn lassen müssen

Vergleich der Saläre aller FH-Ökonomen (vor Abzügen)

Momentaner Bruttolohn ¹ (in Franken)	2015	2017	Differenz
Geschlecht			
Frauen	93 000	90 220	-2 780
Männer	115 050	119 600	+4 550
Arbeitsverhältnis			
Angestellt	110 000	110 000	0
Selbstständig	123 500	120 000	-3 500
Position			
Oberes Kader	156 000	150 000	-6 000
Mittleres Kader	130 000	130 000	0
Sonstiges Kader	106 600	107 000	+400
Sach-/ Fachbearbeitung	87 777	87 000	-777
Arbeitsstandort			
Mittelland (BE/FR/SO/NE/JU)	111 800	109 500	-2 300
Nordwestschweiz (BS/BL/AG)	112 250	115 700	+3 450
Ostschweiz (GL/SH/AR/AI/SG/GR/TG)	104 325	104 000	-325
Zentralschweiz (LU/UR/SZ/OW/NW/ZG)	112 250	110 500	-1 750
Region Zürich (ZH)	110 000	115 000	+5 000
Westschweiz ²	91 000	82 180	-8 820
Tessin	85 500	86 933	+1 433
Ausland	120 000	108 725	-11 275
Branchen			
Finanz- und Versicherungswesen	110 000	110 500	+500
Gesundheit und Sozialwesen	111 900	116 720	+4 820
Industrie, Produktion	118 333	115 303	-3 030
Informatik	107 142	108 000	+858
Öffentliche Verwaltung	121 428	122 611	+1 183
Pharma, Chemie	119 000	116 000	-3 000
Treuhand, Consulting	101 000	112 333	+11 333
Erwarteter Leistungslohn (in Prozent)			
Keinen	39	40	+1
Bis 2999 Franken	9	9	-
3000bis 4999 Franken	5	5	-
5000bis 9999 Franken	14	12	-2
10000bis 19 999 Franken	15	15	-
20000bis 29 999 Franken	8	8	-
Über 30000 Franken	10	11	+1

1 MEDIAN BEI 100-PROZENT-BESCHÄFTIGUNG
2 REGION GENÈVESEE (VD) VS. GE
QUELLE: FH-LOHNSTUDIE 2017, WWW.FHLOHN.CH

Kaderleute aus dem Fachbereich Wirtschaft und Dienstleistungen beziehen als Bruttolohn zwischen 102'500 und 143'000 Franken, etwas weniger als 2015. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern hat sich in den letzten zwei Jahren sogar noch vergrössert von fast 20'000 Franken auf über 30'000 Franken. Heruntergebrochen auf die Branchen, dominiert weiterhin die öffentliche Verwaltung, gefolgt von Pharma und Chemie sowie Industrie und Produktion, die jedoch beide an Lohnniveau einbüßen mussten.

7.6 UNTERNEHMEN BUHLEN UM ABSOLVENTEN

Welche Unternehmen in welchen Branchen um welche Fachkräfte buhlen, weiss die Firma Together in St. Gallen. Seit 2015 erhebt sie mit dem sogenannten Together-Radar eine Übersicht aller Schweizer

Arbeitgeber, die sich im Rekrutierungsprozess von künftigen Arbeitnehmern befinden oder Marketing in eigener Sache als Arbeitgeber – sprich Employer Branding – betreiben.⁷⁴

Im vergangenen Jahr haben deutlich mehr Unternehmen an HR-Marketing-Aktivitäten teilgenommen. Der Grund liegt auf der einen Seite im sich zuspitzenden Fachkräftemangel. Auf der anderen Seite haben viele Unternehmen realisiert, dass es nicht reicht, gezielt Jobs auszuschreiben. Vielmehr wollen sie ihr Image als Arbeitgeber stärken. Sich an einer Absolventenmesse als attraktives Unternehmen zu zeigen, ist eine gute Gelegenheit, um die Zielgruppe direkt anzusprechen. Im Bereich «Top 5 der Wirtschaftszweige für Ökonomen» fällt auf, dass mehr Beratungsunternehmen auf dem Markt sind, die Talente im Bereich Wirtschaftswissenschaften suchen, gefolgt von der MEM-Branche, der Finanzindustrie und der ICT-Branche.



7.7 NEUE ONLINE-PLATTFORMEN

Das Angebot an Studiengängen wächst von Jahr zu Jahr. Sich einen Überblick zu verschaffen und die Qualität der Studiengänge zu beurteilen, ist alles andere als einfach. Vier Master-Absolventen haben mit Eduwo eine Online-Ranking-Plattform entwickelt, welche mittels Erfahrungsberichten von Studierenden Transparenz in die Bildungslandschaft bringt⁷⁵. Seit Herbst 2016 hat Eduwo über 1'000 Erfahrungsberichte von aktuellen und ehemaligen Studierenden gesammelt. «Alle Einträge wurden auf ihre Seriosität hin geprüft». Seit Mitte März 2017 sind die Bewertungen und Rankings auf Eduwo verfügbar. «In Umfragen hat sich gezeigt, dass Erfahrungsberichte aus dem persönlichen Umfeld einen hohen Einfluss auf die Hochschulwahl haben», sagt Co-Gründer Raphael Tobler. «Letztlich informieren sich aber 95 Prozent der Studieninteressierten über das Internet.» Die Verbindung von Erfahrungsberichten aus erster Hand, umfassender Darstellung der Ergebnisse auf einer ansprechenden Plattform und Informationen zu Hochschulen und Studiengängen ist die neue Idee der vier Startup-Gründer, Abgänger der Fachhochschule St. Gallen und der ZHAW (SML).

⁷⁴ «Das grosse Buhlen um Fachkräfte», in: Handelszeitung vom 16. März 2017

⁷⁵ «An welcher Hochschule studieren?» Eduwo-Medienmitteilung vom 29. März 2017.

7.8 BILDUNGSSTAND ZÜRICH

Die Bevölkerung der Stadt Zürich ist ausserordentlich gebildet⁷⁶. Das zeigen neue Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Im Zeitraum von 1970 bis 2015 ist in der Stadt Zürich bei den 15-Jährigen und Älteren der Anteil jener mit einer sogenannten tertiären Bildung, also Personen, die über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss verfügen, von 9 auf 47 Prozent angestiegen. Somit besitzt jeder zweite Zürcher einen tertiären Abschluss.

Wenn man diese Zahlen mit anderen Städten vergleicht, dann lebten 2015 in der Stadt Zürich prozentual deutlich mehr Personen mit tertiärer Bildung als in der gesamten Schweiz (29 Prozent) und anderen Schweizer Städten wie Genf (44 Prozent), Bern (43 Prozent), Basel (38 Prozent) oder St. Gallen (31 Prozent).

Zürich scheint für Bessergebildete ein attraktiver Anziehungspunkt. Menschen, die im Ausland geboren wurden und in die Limmatstadt ziehen, haben ebenfalls häufig einen tertiären Bildungsabschluss in der Tasche. 2010 waren es 73 Prozent, im Jahr 2015 ist dieser Anteil bereits auf 81 Prozent gestiegen.

8 TRENDS UND ENTWICKLUNGEN DEUTSCHLAND

In Deutschland hat sich die Zahl der Hochschulen seit 1990 fast verdreifacht⁷⁷. In Deutschland gibt es 619 Uni-Standorte. In jedem zweiten Kreis kann man mittlerweile studieren. Das geht aus einer Studie des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) hervor. Das stärkste Wachstum hat es bei Fachhochschulen gegeben. Neue Standorte und «Filialen» sind vor allem in Grossstädten und Ballungsräumen entstanden, wo vergleichsweise viele Abiturienten leben und auch zuvor schon Hochschulen angesiedelt waren. Führend sind demnach Berlin und Hamburg, gefolgt von Köln, München und Stuttgart.

Laut einer anderen Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung **leiden Deutsche Fachhochschulen unter Bewerbermangel für Professuren⁷⁸.** Bundesweit bleibt jede zweite FH-Professur nach der ersten Ausschreibung unbesetzt. Der Bewerbermangel für Fachhochschulprofessuren ist besonders alarmierend bei den Ingenieurwissenschaften. Zwar lägen die Gehälter in der Industrie oft über dem Schnitt im öffentlichen Dienst, doch die Bewerberfrage sei nicht auf den finanziellen Aspekt zu reduzieren. Oft fehle auch einfach das Bewusstsein dafür, dass auch eine Karriere an der Hochschule infrage kommt. Einige FH planen, künftig Absolventinnen und Absolventen noch stärker anzusprechen. Die FH Bielefeld wirbt aktiv an Universitäten für die Perspektive der Fachhochschulprofessur und setzt unter anderem auf das Landesprogramm «Karrierewege FH-Professur», das Wissenschaftlern die Möglichkeit geben soll, praktische Erfahrungen in Unternehmen zu sammeln. Der Bund soll nun die FH bei ihrer Personalgewinnung unterstützen, derzeit wird ein Bund-Länder-Programm geprüft.

⁷⁶ «Jeder zweite Zürcher mit Hochschulabschluss», in: NZZ vom 31. Januar 2017.

⁷⁷ «Zahl der Hochschulen hat sich fast verdreifacht», in: Spiegel Online vom 13. März 2017.

⁷⁸ «Fachhochschulen leiden unter Bewerbermangel für Professuren», in: Neue Westfälische vom 30. Mai 2017.

Deutsche Fachhochschulen sind mit einer **wachsenden Zahl von Studienabbrechern** konfrontiert⁷⁹. Die Abbrecherquote im Bachelorbereich, die vor vier Jahren bei 19 Prozent lag, ist um fast die Hälfte auf 27 Prozent gestiegen. Gleichzeitig haben die Universitäten den Anteil von 35 auf 32 Prozent senken können. Das Problem der Fachhochschulen zeigt sich auch im Master. 19 Prozent der Studierenden, die im Jahr 2012 ein Masterstudium begonnen haben, brachen ab – zwei Jahrgänge zuvor waren es nur sieben Prozent. Damit sind die Fachhochschulen sogar über die Universitäten hinausgeschossen, dort stieg die Abbrecherquote von 11 auf 15 Prozent. Seit 2016 müssen nun Hochschulen zehn Prozent der Mittel aus dem «Hochschulpakt 2020» für Massnahmen gegen Studienabbruch verwenden, damit möglichst wenige Studierende hinwerfen⁸⁰.

Zum Abschluss noch einige besonders innovative Studiengänge, die in den letzten Monaten in Deutschland eingeführt worden sind.⁸¹

- **BA Digital Business Management** an der Fachhochschule des Mittelstands, verschiedene Standorte
- **BSc Digital Business & Data Science** an der Unternehmenshochschule BiTS, Berlin und Hamburg
- **BSc Global Business and Economics** an der FH Aachen
- **MSc Wirtschaftspsychologie & Consulting** an der FOM Hochschule, verschiedene Standorte
- **MSc Personal- und Organisationspsychologie** an der International School of Management ISM, Dortmund
- **MA Umweltorientierte Logistik** an der Hochschule für Technik, Stuttgart.

⁷⁹ «Das darf doch nicht wahr sein!», in: Zeit Online vom 15. Dezember 2016.

⁸⁰ «Der Studienabbrecher», in: Stuttgarter Nachrichten vom 1. Juni 2017.

⁸¹ Verschiedene Presseartikel und Mitteilungen der im Text erwähnten Hochschulen.